



S T ~~O~~ P P T

DEN KRIEG!

Blut für Öl - so umriss das deutsche Nachrichtenmagazin der "Spiegel" den Hintergrund für den Irakfeldzug. Inzwischen wird von der US-Administration gar nicht mehr bestritten, dass der Angriff auf Bagdad dazu dienen soll, die "vitalen wirtschaftlichen Interessen der zivilisierten Welt" wahrzunehmen. Tatsächlich richtet sich dieser Krieg nicht nur gegen die Bevölkerung im Irak, sondern gegen die ArbeiterInnenklasse im Westen und die Massen im Süden.

VON JOHN EVERS,
SLP WIEN-NORD

Der Einsatz von Nuklearwaffen wird nicht ausgeschlossen; das verlaubliche das US-Kriegsministerium im Jänner 2003. Bereits im Krieg gegen Serbien gingen die westlichen Alliierten mit den Methoden des Terrors gegen die Zivilbevölkerung und lebensnotwendige Infrastruktur (Spitäler, Nahrungsmittelfabriken ...) vor. Weder die UNO, noch die EU protestierten, als der reichste Staat der Erde - die USA - das ärmste Land der Welt - Afghanistan - angriff. Auch diese Kriege wurden im Namen von Menschenrechten und gegen das Böse geführt. Diese barbarische Logik könnte sich nun sogar mittels Atombomben auf die EinwohnerInnen der Golfregion fortsetzen.

EUROPA GEGEN DEN KRIEG?

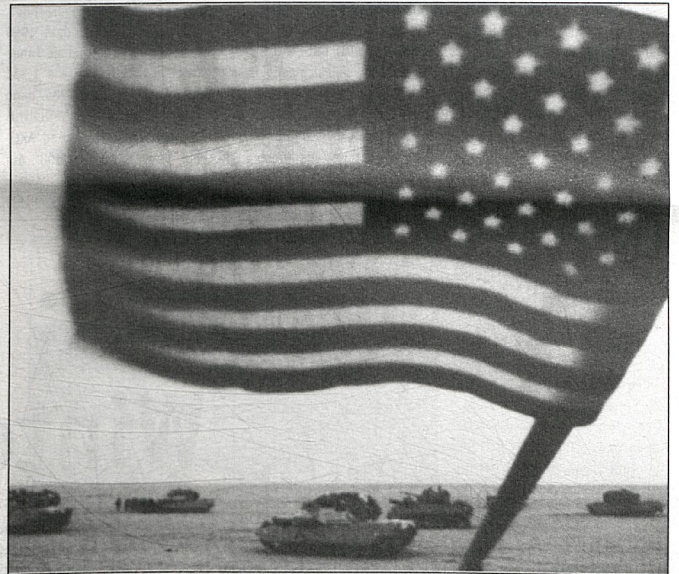
Für großes Aufsehen hat der Brief von vier EU-Mitgliedsstaaten und vier EU-Beitrittswerbern gesorgt, in dem die bedingungslose Unterstützung für den Irakkrieg erklärt wird. Dieser Brief unterstrich, dass es stark unterschiedliche Interessenlagen in der EU gibt, die das Gerede vom europäischen Einigungsprozess Lügen strafte. Keineswegs kann aber gleichzeitig die politische Elite Deutschlands und Österreichs deshalb zum Antikriegslager gezählt wer-

den. Gemeinsam mit der UNO wurden auch von allen österreichischen Regierungen des letzten Jahrzehnts die Sanktionen gegen die irakische Bevölkerung aufrechterhalten. Diese Sanktionen bedeuteten eine ständige Unterversorgung mit Nahrung, Kleidung und Medizin. Rund eine Million Menschen sind an den Folgen dieser Politik gestorben. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass sich österreichische Soldaten an direkten Kampfhandlungen beteiligen, wird die österreichische Regierung ihre "Solidarität" gegenüber den USA deutlich zeigen. Wie in Afghanistan und dem Kosovo/o wären alle vier Parlamentsparteien mit Sicherheit bereit, staatliche "Infrastruktur" aufzubauen und zur Verfügung zu stellen, um auch den Irak zu einem westlichen Protektorat umzuwandeln. Ebenso deutlich wie in der Vergangenheit werden sich Schüssel und Co. angesichts der zu erwartenden Flüchtlingskatastrophe positionieren: durch geschlossene Grenzen und Schubhaft für IrakIs und KurdInnen, die vor US-Bomben und/oder dem irakischen Regime fliehen.

STIMMUNG GEGEN DEN KRIEG WÄCHST

Die überwältigende Mehrheit der ArbeiterInnenklasse lehnt diesen

Krieg bereits vor seinem Ausbruch klar ab: Laut GALLUP-Institut sind es rund 80 Prozent der europäischen Bevölkerung die "NEIN" sagen. Auch in den Zentren der wichtigsten kriegsführenden Nationen gab es bereits Massenproteste: Hunderttausende demonstrierten in Washington und London. Der 15.2. wird zu einem weltweiten Aktionstag gegen den Krieg werden. Ebenso sind zahlreiche Aktionen am Tag X geplant. Für Wien wurde zum Beispiel auf Initiative von SLP-Mitgliedern von der LandeschülerInnenvertretung ein Schulstreik beschlossen. All diese Proteste drücken keinesfalls eine Unterstützung für das irakische Regime aus, dass nicht zuletzt die Linke und jede unabhängige gewerkschaftliche Organisation brutal unterdrückt und verfolgt. Sehr wohl zeigt der Widerstand aber eine wachsende Stimmung gegen eine Politik, die im Namen der Menschenrechte Kriege führt und gleichzeitig soziale und demokratische Rechte radikal abbaut. So werden z.B. in den USA im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus Buchhandlungen und Bibliotheken überwacht, um zu kontrollieren ob Verdächtiges gelesen wird. Aber auch Österreich rüstet mit Abfangjägern auf und führt Debatten um die militärische Beistandspflicht - wie sie etwa



Wolfgang Schüssel und Johannes Vogggenhuber (Grüne) fordern.

KAPITALISMUS HEIßT KRIEG

Unsere Bündnispartner gegen den Krieg sind weder die EU, noch der Papst, der uns auf ein besseres Jenseits vertröstet. Auch Kräfte wie die FPÖ, die gemeinsam mit den reaktionärsten Kräften des arabischen Raumes antisemitische und rassistische Parolen ausgeben, haben mit echter Opposition gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung nichts zu tun. Eine wirkungsvolle Antikriegsbewegung ist möglich - wenn sie von der Arbeiter-

Innenbewegung im Westen, gemeinsam mit den Massen im Süden gegen multinationale Konzerne und korrupte Regierungen geführt wird. Dazu sind Streiks und Blockaden z.B. gegen den Transport von Kriegsmaterial, wie sie von schottischen LokführerInnen durchgeführt wurden, das beste Mittel. Weltweit werden pro Jahr 1000 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben. Der Löwenanteil dieser Ausgabe entfällt auf die USA und eine Handvoll Verbündeter. Gleichzeitig fanden über 90 Prozent aller Kriege der letzten 10 Jahre (pro Jahr im Durchschnitt 30 Aus-

einandersetzungen) im Bereich der "3. Welt" statt. Es sind Kriege um Rohstoffe und geopolitischen Einfluss, im ständigen Ringen der Konzerne und ihrer Regierungen um Macht und Kontrolle. Solange es Kapitalismus gibt, wird es deshalb Krieg geben. Die Antikriegsbewegung muss bei diesen Faktum ansetzen und ihrerseits die Frage nach Verteilung und Kontrolle der Ressourcen dieses Planeten stellen. Wir sind überzeugt: Eine Weltordnung in der demokratisch geplant und produziert wird - der Sozialismus - kennt keinen Krieg.

In dieser Ausgabe - Seite 2:

Regierungsverhandlungen: Koalition der tiefen Einschnitte

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at

Der Standpunkt

26.1.03: Der Alptraum der FPÖ - bei den Grazer Wahlen fällt die FPÖ weit hinter die KPÖ zurück. Wir gratulieren, zeigt dieses Ergebnis doch, dass Proteststimmen nicht automatisch nach rechts gehen. Die KP betreibt in Graz seit Jahren konsequente Kommunalarbeit, und hat sich speziell mit Ernst Kaltenegger rund um die Wohnungsfrage profiliert. Das Ergebnis spiegelt diese Arbeit aber auch das Potential für eine neue ArbeiterInnenpartei wieder. Doch: Kann eine linke Partei nur dann gewinnen, wenn sie sich anpasst? Die KP hat sich in Graz darauf beschränkt, die Sozialdemokratie in ihren besseren Zeiten zu kopieren: ein bißchen Rotes Wien, ein bißchen Kreislik,

Einerseits - Andererseits von Sonja Grusch

Das "kommunistisch" wurde hintenangestellt, selbst der Listenname auf Kaltenegger getrimmt. Heiße Eisen, wie die ImmigrantInnenfrage wurden nicht angefasst: Themen wie das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen werden nur am Rande erwähnt. Auch die Öffnung der Gemeindebauten für AusländerInnen (eine langjährige SLP-Forderung) soll laut KPÖ nicht sofort, sondern nur schrittweise geschehen.

Es gab auch einen Kniefall vor der Wirtschaft: "Wirtschaft braucht Verkehrssicherheit". Wie werden sich die 59 KP-VertreterInnen in Bezirks-, Gemeinde- und Stadtrat verhalten? Siegt der Pragmatismus über politische Inhalte? Wenn Kaltenegger meint "die großen Fragen der Menschheit werden sicher nicht in der Kommunalpolitik entschieden" und gleichzeitig der Bundespartei nahelegt, sich "verstärkt um die Arbeit vor Ort zu kümmern", so ist das gepaart mit den Erfahrungen der KP-Graz die Entwicklung Richtung PDS; Also weg von sozialistischen Ideen und hin zu einer Politik der (links eingefärbten) Sachzwänge. Dass die Wahl eines bürgerlichen Bürgermeisters mit Hilfe der KPÖ nicht kategorisch abgelehnt wird, weist darauf hin. Zur Klarstellung: Unsere GenossInnen in Schweden, Irland, Britannien... betreiben seit Jahren erfolgreich Kampagnen zu kommunalen Themen. Der Unterschied zur KP-Graz ist, dass für uns das Motto nicht "Helfen statt Reden" sondern "Gemeinsam Kämpfen" ist. Mit einem klar sozialistischen Programm wären vielleicht kurzfristig keine 21% möglich gewesen - aber mit einer Politik, die zum Mitmachen auffordert, wären tausende Menschen, die selbst etwas verändern wollen, zu gewinnen gewesen. Anfragen besorgter Unternehmer und bürgerlicher Journalisten ob ein kommunistischer Umsturz in Graz bevorstehe, beantworteten sowohl die Industriellenvereinigung wie die KPÖ-Graz ablehnend. Eigentlich schade, er hätte Graz und der ArbeiterInnenbewegung weltweit gut getan ...

Regierungsverhandlungen: Einigkeit in Sachen Sozialabbau

Die Koalition der tiefen Einschnitte

Alle Parteien sind sich einig, es sei Zeit für große Reformen. Einschneidend müssten die sein und schmerzhaft. Doch wer wird geschnitten, wer soll bluten? Geht es nach Kanzler Schüssel, geht es PensionistInnen, Kranken, Arbeitslosen, BeamtInnen, den Beschäftigten bei Post und Bahn, Handelsangestellten und ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen an den Kraken.

VON HARALD MAHRER, SLP WIEN NORD

Vom Wahlvolk mit 42% der Stimmen ausgestattet lässt Schüssel jetzt "die richtige Sau" raus. Frühpensionen sollen abgeschafft, das Pensionsalter erhöht, Selbstbehalte im Gesundheitswesen eingeführt, verbliebene Reste der Staatsbetriebe verschärft, BeamtInnen abgebaut, Lohnnebenkosten gesenkt, Arbeitslose zur Arbeit "animiert", Ladenöffnungszeiten verlängert, Kollektivverträge untergraben und 3 Milliarden EUR eingespart werden. Die Wunschliste der Bourgeoisie lässt sich beliebig verlängern. Die Antwort der anderen Parteien? Die FPÖ betont, dass das ohnehin ihr Programm sei. Die SPÖ und die Grünen arbeiten auch brav mit beim großen Schlachten. Der ÖGB döst weiter vor sich hin.

PENSIONEN: DIE GROßE LÜGE

Alle Parteien sind sich einig, dass die Pensionen unfinanzierbar werden. Zur Untermauerung dieser These werden haufenweise Experten zitiert. Die Argumentation ist simpel. Wir würden immer älter, also müssten wir

länger arbeiten. Simpel aber falsch.

Die Bourgeoisie setzt ihre gesamte Propagandamacht (Medien) dazu ein, der Bevölkerung diesen Unsinn glaubhaft zu machen. Verschwiegen wird wohlweislich, dass entscheidend für die Finanzierbarkeit von Pensionen ist, wie viel erwirtschaftet wird und nicht von wie vielen Menschen. Was zählt, ist also die Produktivität. Die Produktivität stieg von 1986 bis 1999 um rund 33%, bis 2002 wurden 38% prognostiziert (AK Für Sie, März 2002). Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der PensionsbezieherInnen von 591 auf 617 (1999) bzw. 621 (2002) je 1.000 Pensionsversicherter (Schnitt aller Pensionssysteme, lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger). Wird die Produktivität in diese Rechnung eingerechnet, also berücksichtigt, dass 1999 exakt 1.000 ArbeitnehmerInnen soviel erwirtschafteten wie 1.333 KollegInnen im Jahr 1986, dann sinkt plötzlich das Verhältnis PensionsbezieherInnen zu Aktiven von 591 : 1.000 auf 463:1.000 (1999) bzw. 450 : 1.000 (2002). Solange also die

Produktivität schneller wächst als die Alterspyramide, ist die Finanzierbarkeit der Pensionen nicht nur gesichert, es bestünde sogar Spielraum für kräftige Pensionserhöhungen.

WO SIND DIE PRODUKTIVITÄTS-GEWINNE GEBLIEBEN?

Während die Produktivität in der Industrie von 1997 bis 2001 um 21,2% anstieg, stieg der ordentliche Personalaufwand nur um 12,3%. Im Handel bietet sich ein ähnliches Bild. Der Anteil der Arbeitseinkommen an der Wertschöpfung in der österreichischen Industrie sank im selben Zeitraum um 2,8 Prozentpunkte, die Unternehmensgewinne stiegen gleichzeitig um 3,1 Prozentpunkte. Im Handel ist dieses Verhältnis mit - 4,3 Prozentpunkte (Arbeit) zu +5,9 Prozentpunkte (Kapital) noch schlechter. (Alle Angaben aus: Arbeit und Kapital, AK Wien, Dez. 2002).

Die Bourgeoisie steckt also den Löwenanteil der Produktivitätsgewinne ein. Möglich wurde dies gerade, weil der ÖGB bei den Lohnrunden der letzten 15 Jahre extrem zurückhaltend war. Statt der Kürzung bei Pensionen, der Abschaffung der Frühpensionen und anderer Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen sind die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, die Wiedereinfüh-



rung der Vermögenssteuer, eine offensive Lohnpolitik der Gewerkschaften, ein Mindestlohn von 1.100 EUR netto und eine Arbeitszeitverkürzung (30-Stunden-Woche bei vollem Lohn) notwendig. Dadurch würden einerseits die real erwirtschafteten Erträge der Unternehmen inklusive der Produktivitätssteigerungen in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme einbezogen und andererseits wäre ein Anstieg der BeitragszahlerInnen zu verzeichnen, der gleichzeitig die Arbeitslosenversicherung entlastet.

STREIKS NOTWENDIG

Um die oben skizzierte Alternative auch zu erreichen, müssen die Gewerkschaften massiv mobilisieren. Ohne Kampfmaßnahmen bis hin zum Generalstreik werden die Unternehmer ihre klammheimlich eingetrichterten Gewinne nicht herausrücken. Kampfmaßnahmen werden aber

auch nötig sein, um die anderen Angriffe der künftigen Regierung - egal welcher Farbkombination - zurückzuschlagen. Seien es die Selbstbehalte im Gesundheitswesen, die die Kosten auf die Kranken abwälzen sollen, anstatt die Gewinne der Pharmakonzerne anzutasten, oder die bevorstehende Privatisierungswelle, die weniger Beschäftigung, schlechteres Service, weniger Sicherheit und höhere Profite verheißt. Privatisierung, Verwaltungsreform und Abschaffung von Frühpensionen bedeuten zehntausende zusätzliche Arbeitslose, dafür wollen die Herrschenden mit massiven Attacken auf die Arbeitslosenversicherung vorbeugen. Diese Maßnahmen betreffen alle ArbeitnehmerInnen, deshalb ist der ÖGB aufgerufen als ersten Schritt einen 24-Stunden-Generalstreik für oben genannte Forderungen vorzubereiten und auch durchzuführen.

SLP: Auch im Winter voll aktiv!

Die Zeit des Hochwinters war trotz Schneemangel in den Skiregionen keine ideale Zeit, um oft auf der Straße zu sein. Trotzdem: Anlässlich des ersten richtigen Prozesstermins der Verhandlung HLI gegen SLP-Frauensprecherin am 17. Dezember veranstalteten wir am Tag zuvor einen Info-Stand am Schottentor.

VON JAN RYBAK, SWI-SALZBURG

Drei Unterschriften-Listen wurden voll, knappe 30 Euro eingenommen. Die beim Prozess anwesenden radikalen Abtreibungsgegner konnten sich eine Reihe von ZeugInnen-Aussagen zu den Belästigungen durch ihrgleicheren vor der Lucina-Klinik anhören. Unsere Genossin Claudia gab in der Befragung ein äußerst überzeugendes Bild ab. Die enorme Kostensenkung für Schwangerschaftsabbrüche in Wiener Gemeindepitalern durch den Gemeinderat im Jänner werten wir auch als einen Erfolg unserer Kampagne, da diese im letzten Jahr viel Druck auf die SPÖ ausüben konnte. Und wir beteiligten uns an der mit knapp

1.000 TeilnehmerInnen durchaus beachtlichen Demo gegen den Krieg am 24. Jänner zur US-Botschaft. Unsere politischen Aussagen stießen auf Reaktionen: In einem Artikel auf der rechtsextremen Homepage "WNO" war ab 29. Jänner über die Demo unter anderem zu lesen: "... neben einem peinlichen Redebeitrag der SLP, die zum Sturz Saddams und zur Ablehnung des Antiamerikanismus aufrief." Tja, wenn Rechtsextreme schimpfen, dann hat die SLP es mal wieder richtig gemacht! Und wenn Nazis singen wollen, sind wir natürlich auch dabei, um lautstark dagegen zu protestieren und zu versuchen, die Abhaltung solcher Nazi-Treffen zu verhindern. Geschehen am 25. Jänner, als die

Burschenschaft Olympia (6., Gumpendorferstr.) einen Nazi-Sänger aus Deutschland empfing.

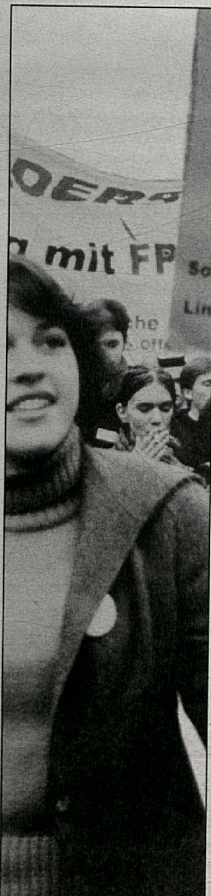
SEMINAR IN HALLEN 4. UND 5. JÄNNER 2003

"Um 11:00 fangen wir an!" Zugegeben, in den Ferien um 9:30 in der Früh aufzustehen ist für einen Schüler schon einen ziemlich unangenehme Herausforderung! Aber es hat sich eindeutig gelohnt! Obwohl in erster Linie GenossInnen aus Wien da waren, und wir uns schon einige Leute mehr erwartet / erhofft haben, war's ein Erfolg!

Am ersten Tag waren die Themen "Russische Revolution", "Stalinismus" und "Marxismus" (von: Elias, Laura und Pablo). Dazu lässt sich sagen: Ok. Marxismus war anstrengend, aber wenn man/frau sich bemüht, lernt er/sie viel dazu! Auf die Oktoberrevolution ist dann bekanntlich der Stalinismus gefolgt, welcher zur Genüge diskutiert wurde

(Leninismus vs. Stalinismus, Trotzki's Analyse des Stalinismus, etc.). 2.Tag: Noch viel schlimmer: "Morgen fangen wir schon um 9:00 an! Ist das in Ordnung für dich?" Seminarstart mit Spartakistenaufruf in Deutschland, Zwischenkriegszeit und aufkommender Faschismus, Machtübernahme der Nationalsozialisten (von mir). Dann: Entstehung und Zusammenbruch der DDR und Wiedereinführung des Kapitalismus in Ostdeutschland. Das anschließende RAF-Referat wurde dann aber zu einem allgemeinen Diskussion über Terrorismus. Dieses Seminar war für uns alle ein voller Erfolg und ich hoffe, dass bald weitere nachfolgen.

Impressum: Eigenkammer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23. Herstellungs- und Verlagsort: Wien DVR: 0820202



Arbeitszeitverkürzung gegen die Armutsfalle!

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Vor allem Frauen müssen die Verschlechterungen der 1990er bezüglich Arbeitszeiten und Flexibilisierung ausbaden. Doch die Form der Teilzeit-Arbeit wird uns als großer Schritt Richtung Freiheit bzw. Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung verkauft. Nebenbei erreicht die Arbeitslosigkeit im Winter 2003 einen absoluten Höchststand seit dem Weltkrieg. Ist Teilzeit tatsächlich ein Fortschritt für ArbeitnehmerInnen?

FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

Die Teilzeit-Quote lag 2001 laut Statistik Austria bei 33,6 % (Frauen) und 4,4 % (Männer), Tendenz stark steigend. Im Jahresvergleich des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (SVT) von 1998 - 1999 wird die Zunahme "freier DienstnehmerInnen" mit einem Plus von 28,4 %, die von LeiharbeiterInnen mit + 16,9 % angegeben. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der schlechter gestellten Beschäftigungsformen führte der ÖGB 2002 eine Studie ("FlexPower") durch, deren Ergebnisse interessieren: Fast ein Drittel der Beschäftigten steht in einem Arbeitsverhältnis, das von der unbefristeten Vollzeit abweicht. (Nimmt man die Arbeitslosigkeit als ein "abweichendes Arbeitsverhältnis" hinzu, wären es noch viel mehr.) Zur Teilzeit konkret ist die Einschätzung zu lesen: "... in vielen Fällen nicht existenzsichernd" und "hat eine dementsprechend niedrige Pension zur Folge". Die höchsten Anteile der Teilzeit gibt es in Niedriglohnbranchen

wie Handel und Tourismus. Im Einzelhandel diene die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zum Umbau in der Belegschaft. Durch die Teilzeit-Offensive wurden jedoch keine Vollzeitstellen geschaffen (wie von der Wirtschaftskammer versprochen wurde), sondern vernichtet! Die Wirtschaftskammer Tirol setzte im Herbst 2002 eine Initiative zum Ausbau der flexiblen Teilzeit im Gastgewerbe. "Mehr Teilzeitarbeit im Tourismus wird die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung weiter verschlechtern.", so die ÖGB-Frauenvorsitzende Csörgits in einer Aussendung darauf. Sie bringt es weiter auf den Punkt: "Ich halte es für eine gefährliche Drohung Hier besteht die Gefahr, dass qualifizierte Frauen in niedrig entlohnte Tätigkeiten getrieben werden." Es wird von der "Armutsfalle Teilzeit" gesprochen.

WAS SAGEN DIE PARTEIEN?

Die Positionen aller Parlamentarierparteien zu Teilzeit und "neuer Beschäftigung" sind austauschbar (und letztendlich ArbeitnehmerInnen-feindlich). Eine

Partei fordert "Recht auf Teilzeit". Sie soll "so flexibel wie möglich, so geregelt wie nötig" sein (für wen??). Von einer anderen wird die "Erleichterung von Teilzeitbeschäftigung durch Pauschalierung" gefordert, gefolgt von der Drohung nach "Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Ladenöffnungszeiten". Die nächste sieht in ihrem "Modell" "auch ein Recht auf Teilzeitarbeit" vor, wobei der "Kündigungsschutz von zwei Jahren aber auch in dem ... Konzept nicht verlängert werden soll". Schließlich meint Partei 4: "Die Ausweitung neuer Beschäftigungsmodelle, wie Job-sharing, Telearbeit und Heimarbeit ist unter Beachtung der sozialen Absicherung zu unterstützen." Jetzt dürfen Sie raten, von wem welche Forderungen sind. Die Auflösung finden Sie am Ende des Artikels.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ...

Arbeitszeitverkürzung ist durchaus etwas, womit sich die Unternehmer und ihre politischen Günstlinge anfreunden können. Jedoch nur dann, wenn Lohnkürzungen, Flexibilisierung und die Zurückdrängung gewerkschaftlicher Organisation damit einhergeht.

Ein prominentes Beispiel dafür ist die französische Arbeitszeitverkürzung Ende der 1990er. Dort wurde eine Arbeitszeitverkürzung nach Streiks im Transportsektor

Geiz ist geil!
Das finden
Unternehmer
gerade wenn
es um die
Entlohnung
geht. Dafür
dürfen die
Mitarbeiter-
Innen dann
flexibel sein.



und Protesten Arbeitsloser von der damaligen "Mitte-Links"-Regierung eingeführt. Als entscheidende Verschlechterungen erwiesen sich die Zusatzvereinbarungen: die wöchentlich mögliche Arbeitszeit belief sich weiter bei 48 Stunden, was zum Effekt führte, dass die Überstunden in die Höhe schneitten. Es wurde keine Personalaufstockung verordnet und der Arbeitsdruck mittels längerer Durchrechnungszeiträume erhöht. Im Endergebnis wurde dem Trend zu Teilzeit- und Leiharbeits-Verhältnissen mit miserieren Löhnen frischer Wind gegeben. Eindeutig zuungunsten von ArbeiterInnen und Arbeitslosen!

... ABER RICHTIG!

Die reale Wochenarbeitszeit bei prekärer Beschäftigung beträgt durchschnittlich 30 Stunden bei Männern und 25,7 bei Frauen beträgt ("FlexPower", ÖGB, AK Wien et al. 2002), und das bei 1.044,- bzw. 827,- Euro sowie schwankenden Monatseinkom-

men. Dabei sind Amtswege etc. noch nicht einbezogen. 58 % der Befragten gaben an, solche Jobs aufgrund der Arbeitsmarkt-Lage gezwungenermaßen angenommen zu haben!

Es lässt sich somit ein klarer Vergleich der Konzepte ziehen: hier die beschäftigungspolitische Wirklichkeit mit steigender unsicherer und Teilzeit-Beschäftigung, ebenso steigender Arbeitslosigkeit, Untergrabung des Lohnniveaus, Flexibilisierung zuungunsten der Beschäftigten, sinkendem gewerkschaftlichen Organisationsgrad ... und dort das Programm der SLP mit 30 Stunden Vollzeit. Wir fordern seit den 1990er eine solche radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Nur so kann im Sinne der Beschäftigten die Arbeitslosigkeit bekämpft und dem Einzelnen mehr Zeit zur freien Entfaltung gegeben werden. Mit einem Ausbau des Teilzeit-Sektors hingegen werden Löhne und arbeitsrechtliche Standards unterwan-

dert. Von mehr Freiheiten, Freizeit und Gestaltungsmöglichkeiten keine Spur. Keine Frage: Leicht wäre eine Umsetzung gegen den Widerstand von Unternehmer und der herrschenden Politik nicht. Nach den langen Jahren neoliberaler Attacken und Sozialabbau wäre diese Gegenoffensive der ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen mehr als angebracht. Dort wo ArbeitnehmerInnen und Studierende gezwungen sind, geringfügig, Teilzeit oder in einem Werkvertrags-Verhältnis zu arbeiten, ist der Kampf um Verbesserungen nötig. Das schließt die Forderung nach jederzeitigem Anspruch auf die Rückkehr in einen entsprechenden Vollzeitjob ein. Unserer Meinung nach soll aber niemand, der studiert, gezwungen sein, nebenbei arbeiten zu müssen.

Auflösung des Ratespiels
Die Reihenfolge der Parteistatements im Artikel: 1. SPÖ-Frauensprecherin Prammer (www.spoee.at), 2. ÖVP-"Reformprogramm" vom 6. Januar 2003, 3. Das "grüne Modell" (www.gruene.at), 4. www.fpoe-wien.at "Unser Programm" (Arbeit und Soziales)

Gespräch mit Bernhard Vetter, Vertreter von Turnusärzten in Wien

"Ressourcen gäbe es genug..."

Bernhard Vetter ist seit einem Monat Turnusarztsprecher des Hanusch-Krankenhauses. Pia Abel, SLP - Wien Mitte hat ihn dazu befragt:

VORWÄRTS: Du bist ja relativ überraschend in Amt und Würden gekommen - wie kam es zu deiner Wahl?

BERNHARD (lacht): Es war recht mühelos, von den KollegInnen Stimmen zu erhalten. Die Funktion des Turnusarztsprechers ist nicht sehr begehrt - was sich einfach auch daraus erklärt, dass mit dieser keinerlei Rechte verbunden sind. Als Sprecher der auszubildenden Ärzte habe ich in keinem Gremium die Möglichkeit, meine Stimme abzugeben. Meine betriebliche Situation ist darauf beschränkt, dass ich mit dem ärztlichen Direktor sprechen und im Kollegium der Primärärzte die Anliegen der Turnusärzte vorbringen darf.

VORWÄRTS: Nachtdienste, Krankenhausroutine und Grippefälle im Winter. Wie ist die Situation von Turnusärzten?

BERNHARD: Im Moment sind wir einfach Systemhalter und machen in Prinzip Arbeiten, die eigentlich auch von weniger qualifiziertem Personal, z.B. von KrankenpflegerInnen, erledigt werden könnten: Infusionen und Injektionen verabreichen - dar-

überhinaus haben wir nur beschränkt die Möglichkeit, genau jene Erfahrungen zu sammeln, die uns einmal qualifizieren sollen... Wenn man sich die Situation junger Ärzte angesichts rigoroser Sparpolitik ansieht, liegt die Notwendigkeit einer konsequenten Interessenvertretung auf der Hand. Wir füllen die Lücken, die wegen der Engpässe im Krankenhauswesen entstanden sind. Das kann nicht Ziel unserer Ausbildung sein.

VORWÄRTS: Du bist Mitglied der SLP - wie sieht für dich sozialistische Gesundheitspolitik aus?

BERNHARD: Konkret für die Situation von mir und meinen KollegInnen bedeutet gute Politik, dass wir in den Ambulanzen als angehende ÄrztInnen arbeiten und eigenständig PatientInnen führen dürfen. Wir wollen eine gute Ausbildung und Selbstständigkeit erwerben. Besonders bemerkt habe ich auch noch eines: die Engpässe in der Altenpflege spüren wir gerade auch im Krankenhaus. Viele alte Menschen, die überhaupt nicht in ein öffentliches Akutspital gehören, sondern in ein Pflegeheim,

liegen mit ganz anderen Bedürfnissen in "teuren" Betten, die für Kranke konzipiert sind, die eine intensive und möglichst kurze Behandlung brauchen. Das ist ein Fall von medizinischer Fehlversorgung - die trotz plumper Sparlogik vom System so akzeptiert wird. Gesundheit ist für mich als Sozialist ein Wert an sich - zu hohe "Kosten" kann es politisch für diesen Bereich nicht geben. Das ist eine Entscheidung der Gesellschaft. Ressourcen für ein gut funktionierendes System gäbe es genug - vermeintliche "Sachzwänge" und fehlende Demokratie lassen sie aber brach liegen.

VORWÄRTS: Wie siehst du deine Zukunft als Turnusarztsprecher?

BERNHARD: Zu tun gibt es genug. Die Diskussion, das Hanusch-Krankenhaus zu privatisieren, hat prompt mit den Neuwahlen wieder begonnen - wahrscheinlich will die SPÖ damit ihre "Reformbereitschaft" unter Beweis stellen. Für die Turnusärzte würde dies eine unvorstellbare Verschlechterung bedeuten - hier gilt es in meinem Rahmen mein Bestes zu tun, um dies zu verhindern. Vorallem müssen die KollegInnen aktiv werden um gemeinsam mit anderen Betroffenen zu kämpfen.



Nicht privat versichert? In Zukunft kann das gefährlich werden, wenn es nach den Parteien geht. Können Sie sich nicht leisten? Ah, ... Pech?

AUA: 90 Prozent für Kampfmaßnahmen

Pilotenstreik?

12.544, Euro: Mit dieser maximal möglichen Verdienstsomme gehören AUA-Piloten sicher nicht zu den unterprivilegiertesten ArbeitnehmerInnen. Trotzdem: Mit nur 6-7 Prozent machen auch bei der AUA - wie in fast allen Unternehmen - die Personalkosten nur einen winzigen Anteil der Gesamtkosten aus.

Trotzdem soll auch bei der AUA nach dem Willen des Managements kräftig beim Personal

gespart werden: Neue MitarbeiterInnen könnten künftig um 20 Prozent weniger erhalten. Gleichzeitig soll die Aufkündigung einer Betriebsvereinbarung ermöglichen, daß künftig "teure" AUA-MitarbeiterInnen durch "billigere" MitarbeiterInnen der ebenfalls in Unternehmensgruppe beheimateten LAUDA-AIR und Tyrolian ersetzt werden. 90 Prozent der AUA-Belegschaft hat nun bei einer Urabstimmung für Kampfmaßnahmen gestimmt.

Gleichzeitig betätigt sich der Tyrolian-Betriebsrat als Streikbrecher und verlaublich "kein Verständnis" für einen solchen Streik zu haben. Als es entschieden wird es sich daher erweisen, ob es dem Betriebsrat der AUA unter Vorsitzenden Rudolf Novak gelingt eine Strategie auszuarbeiten, welche das derzeit gültige AUA-Schema nicht nur verteidigt, sondern für alle Bereiche der Unternehmensgruppe durchsetzt.



Die Kriegstreiber lügen Die Wahrheit über den Irakkonflikt

Während die Truppenverlegung durch USA und Britannien voranschreitet, erhebt sich weltweit eine Massenbewegung gegen den Krieg. Eine Online-Umfrage des Time-Magazin mit über 250.000 TeilnehmerInnen ergab auf die Frage, welches Land die größte Bedrohung für die Welt 2003 darstelle: Irak 9,1 %, USA 83,0 %. Wie stehen wir als SozialistInnen zum Irak und dem kommenden Krieg?

VON FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN-TITTE

Mit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg entstand eine Reihe neuer Staaten und Kolonialgebiete. In der Golfregion wurden zuvor die riesigen Ölvorkommen entdeckt. Britannien und Frankreich teilten sich im Sykes-Picot-Geheimabkommen 1916 die Region auf. (Dieser Pakt wurde einst von den Bolschewiki aufgedeckt.) 1920 erhielt Britannien auf der San-Remokonferenz offiziell das Mandat des "Völkerbundes" (Vorläufer der UNO) für Irak und Palästina. Der Besetzung 1920 folgten mehrere Aufstände. Unter dem Feuer der Royal Air Force und dem Befehl des damaligen Kolonial-Sekretärs Winston Churchill starben Tausende. Auch der Einsatz von Senfgas wurde überlegt. Der Imperialismus formte künstliche Staaten, darunter fällt auch die Bildung Kuwaits als britisches Protektorat im Süden (dieser Teil gehörte ursprünglich zur Region um das irakische Basra). Ein Ziel war, die Entstehung eines gesamtarabischen Staates zu verhindern. Nach der formalen Unabhängigkeit des Irak 1932 blieben britische Truppen stationiert und die Ausbeutung des Öls wurde ab 1926 durch ein Kartell geregelt, das im Besitz der West-Mächte war. Ebenso blieb der Hass auf die Unterdrückung durch den Imperialismus bestehen.

REVOLUTIONÄRES POTENTIAL

Der von den Briten 1921 eingesetzte König Feisal I. wurde 1958 gestürzt. Damals spielte jene politische Bewegung, die später Saddam Hussein an die Macht bringen sollte, noch keine Rolle. Die relevante Massenkraft war damals die Kommunistische Partei, die eine bewaffnete Volksmiliz kontrollierte, die aus der Bewegung gegen die Monarchie hervorging. Die Errichtung der Republik hätte - so wie 1917 in Russland - auch in eine soziale Revolution münden können. Doch anstatt die Errungenschaften durch

die Überwindung des Kapitalismus abzusichern und um eine Landreform und ArbeiterInnen-Kontrolle zu erweitern, ordnete sich die KP den Weisungen Stalins unter. Aufgrund dieser stalinistischen Politik, der Unterstützung und Zusammenarbeit mit bürgerlichen Nationalisten und später auch der Ba'ath-Partei Husseins, schlitterte die KP in ein Desaster. Der Preis war hoch: In Form von Massakern an KommunistInnen und GewerkschafterInnen und im Anwachsen anderer politischer Kräfte als scheinbare Alternativen.

WAS IST BA'ATH?

Die Ba'ath-Bewegung entwickelte sich ab 1944 in Syrien. Ihre soziale Zusammensetzung war von Land zu Land unterschiedlich. In Syrien war der Ba'athismus als Massenorganisation stärker einem Druck von links ausgesetzt. Ba'ath in Irak hingegen war vielmehr eine Angelegenheit einzelner reaktionärer Clans. Von Beginn an waren individueller Terror und Putsch (-Versuche; wie 1959, 1963, 1968) ihre Methoden - der Anti-Kommunismus ein weiteres Element. Aufgrund der Attraktivität des panarabischen Nationalismus innerhalb großer Teile der Bevölkerung, versuchte auch Ba'ath diesen für ihre Zwecke zu nutzen und eine dementsprechende Rhetorik anzuschlagen. Obwohl der klassische Panarabismus einen betont säkularen Anstrich hatte, verwendeten die irakischen Ba'ath-Führer immer wieder religiöse Elemente. Da auch die Attraktivität von 'Sozialismus' im Bewusstsein vieler Menschen noch nicht untergraben war, benutzte Ba'ath auch solche Schlagwörter. Entgegen gewissen Mythen ist der irakische Ba'athismus alles andere als eine nationale Einheitsbewegung. Gegenüber den Minderheiten - vor allem den KurdInnen und SchiitInnen - hatte Ba'ath schon früh eine aggressive Haltung, die sich in brutaler Verfolgung äußern sollte. Zwischen 1975 und 1986 wurden über eine Million KurdInnen zwangsumgesiedelt. An der Macht "zeichnete" sich das Ba'ath-Regime durch geschicktes Lavieren zwischen diversen Teilen der Bevölkerung aus. Der wesentliche Grund für die relative Stabilität der Diktatur lag jedoch im Öl, gestiegener Kapazitäten, Nachfrage und dementsprechend hohen Einnahmen. Der große Durchbruch der Ba'athisten erfolgte 1968. Ein weiterer Putsch in Kooperation mit hochrangigen Armeeoffizieren brachte das ohnehin schwache Regime der Nationalisten, an dem Ba'ath kurzfristig

nach 1963 auch Anteil hatte, zu Fall. Die 1970er führten zu einem gewaltigen Anstieg der Öl-Einnahmen (575 Mio. \$ 1972 - 5.700 Mio. \$ 1974). Das Regime stabilisierte sich, Husseins Macht und der Handel mit den USA erreichten neue Dimensionen. 1976 wurde er General, 1979 Präsident. Die Zusammenarbeit mit den imperialistischen Ländern sollte in den 1980er im Krieg gegen den Iran noch von besonderer Bedeutung werden.



SPIELRAUM IM KALTEN KRIEG

Die Situation im Kalten Krieg ermöglichte es vielen - auch klar bürgerlichen - Regimes in der (halb-)kolonialen Welt, die Westmächte gegen den Ostblock auszuspielen und umgekehrt. Auch Ba'ath wandte sich in den 1970er an Moskau, die prompt Hilfe für den Bau einer Öl-Pipeline freigaben. Das Bekenntnis des Irak, zu den "Blockfreien" zu gehören, war Ausdruck dieser Politik. Die noch nicht völlig zerstörte KP ließ daraufhin wieder mit dem Irrglauben aufzortchen, dieses Regime verkörpere die "objektiv fortschrittliche Rolle der nationalen Bourgeoisie". Ba'ath integrierte aus taktischen Überlegungen die KP 1973 kurzfristig in die Regierung. Gleichzeitig fanden weitere Attacken der Ba'ath-Milizen statt. Moskaus Druck 'zerstreute' jedoch Bedenken und vage Erinnerungen an bittere Niederlagen (1959, 1963). Ende der 1970er leitete unter anderem Tariq Aziz (Nummer 2 hinter Hussein) eine neue Verfolgungswelle gegen die KP ein. Tausende wurden teilweise öffentlich exekutiert und gelyncht.

GOLFKRIEG 1980-1988

1979 wurde im Nachbarland Iran der prowestliche Shah (Kaiser) durch eine Massenbewegung gestürzt. Der Imperialismus, allen voran die USA, fürchtete

nun eine Welle unkontrollierbarer Erhebungen in der Region und auch eine mögliche Annäherung solcher Regimes an den stalinistischen Block. Hussein war der willkommene Frontmann des Imperialismus gegen den Iran, einen für ihn ohnehin gefährlichen Rivalen in der Region.

Vor allem die britischen, US-, deutschen und französischen Waffenfirmen verdienten Unsummen mit dem Iran-Irak-Krieg. Im zensierten Waffenbericht an die UNO befinden sich laut "Spiegel" Konzerne aus 30 Ländern gelistet. Das hinderte die britische Regierung nicht, den Handel mit Irak in den 1980er zu erhöhen. Binnen kurzem war der Irak der drittgrößte Markt für britische Hochtechnologie, die auch im Militärssektor eingesetzt werden konnten. Offiziell wurden diese Produkte ab 1985 als "nicht-militärisch" deklariert. Sie nahmen 1986 einen Wert von 665 Millionen US-\$ ein.

Der heutige US-Außenminister Rumsfeld konferierte mit Saddam Hussein Mitte der 1980er in Bagdad über den Verlauf und die weitere Taktik im Krieg. Der Einsatz von - größtenteils durch westliche (angeblich deutsche) Firmen geliefertes - Giftgas kostete Hunderttausenden IrakerInnen das Leben. Nachdem 1988 kurdische Einheiten die Stadt Halabdscha im Norden des Irak eingenommen hatten, setzte Husseins Armee auch dort Senfgas ein. Geschätzte 5.000 Menschen starben dort. Die Horrorzahl für den gesamten Irak-Iran-Krieg liegt bei über einer Million Toten.

WENDEPUNKT 1990

Der 1988 beendete Krieg hinterließ auch im Irak große Verwüstungen und Kriegskosten von rund einer halben Billion US-\$. Das Regime wankte und versuchte durch verstärkte Kooperation mit West-Firmen und Privatisierungen die Lage in den Griff zu bekommen. Der aufgeblähte Militärapparat und die steigende soziale Unzufriedenheit brachten das Regime dazu, weiter auf Konfrontationen zu setzen. Hussein konnte aus Angst vor sozialen Explosionen die Soldaten nicht in die Arbeitslosigkeit schicken. Im August 1990 besetzte die irakische Armee Kuwait. Mit einem Schlag hatte das Regime den Imperialismus gegen sich aufgebracht. In Verbindung mit den Auswirkungen des Zusammenbruchs des Stalinismus zu dieser Zeit folgte der erste Waffengang unter der "Neuen Weltordnung" George

Bush seniors. Die Politiker des Kapitalismus waren in der Offensive. Die USA konnten Hussein nicht erlauben, die mithin wichtigste Öl-Region der Welt derart zu destabilisieren und die Ordnung durcheinander zu bringen. Am 16. Jänner 1991 begann der "zweite Golfkrieg". Damals verfügte der US-Imperialismus über ein Militär-Bündnis von 25 Ländern, inklusive Schlüsselkräfte der Region wie Saudi-Arabien! Heute ist das undenkbar.

Im Krieg wurde der Irak um Jahrzehnte zurückgebombt. Hunderttausende Irakis, mehrheitlich jugendlich, starben unmittelbar, am folgenden UNO-Embargo (bezieht sich auch auf Medikamente und Nahrungsmittel) und weiteren Bomben vor allem 1998. Die Ergebnisse dieses Krieges bzw. der von den USA damals nicht durchgeführte "Regime-wechsel" (Spricht: Aufbau einer verlässlichen Diktatur), bildet eine Grundlage für den nunmehr bevorstehenden Krieg. Ein Grund für das Zögern der US-Führung, Hussein 1991 zu stürzen, war die Furcht, dass die völlige Destabilisierung des Irak folgen könnte. Auch heute bleibt ein gerüttelt Maß an Unwägbarkeit. Mehr noch, sind wichtige Bündnispartner in der Region abgesprungen. Möglicherweise führt ein US-Krieg genau zu dem Szenario, dass für den Imperialismus am unangenehmsten wäre: Chaos und Unregierbarkeit der wichtigsten Öl-Region der Welt.

In diesem Zusammenhang haben die Kriegstreiber ein weiteres Problem: die Suche nach verlässlichem Ersatz für die Zeit nach Saddam. Im Juli 2002 traf sich in London der "Irakische Nationalkongress", selbstredend von den USA finanziert. Sie bieten sich als post-Saddam-Regierung an. Der britische "Independent" urteilt über diese "Oppositionsführer": "eine widersprüchliche Ansammlung von Leuten, die mehr über den Preis eines BMW Bescheid wissen als über die Situation in Bagdad."

SOZIALISTINNEN UND DER KRIEG 1991

Es ist für internationale sozialistische Kräfte und speziell jene im Nahen Osten lebenswichtig, in unverrückbarer Opposition zu reaktionären Diktaturen wie Hussein zu stehen. Daran ändert der Krieg nichts. Es gibt unserer Meinung nach weder in den USA noch im Irak eine "nationale Einheit". Im Artikel "Afghanistan, Islamismus und revolutionäre Linke" des CWI aus dem Jahr 2002 (als deutsche Übersetzung auf www.slp.at), heißt es unter anderem: "In diesem Krieg (Golfkrieg 1991) waren wir auf der Seite der Bevölkerung des Nahen Ostens: Irak, KurdInnen, und anderen gegen die bewaffnete Intervention der USA, die zunehmend brutaler wurde. ... Wir forderten das Ende des Krieges, den Abzug der Truppen und strichen die Forderung hervor, dass das irakische Volk, die KurdInnen und selbst die Kuwaitis ihr Schicksal selbst bestimmen sollen. Wenn unsere SprecherInnen (vor allem in Britannien, Anm.) nach außen damals im Radio oder Fernsehen mit der Frage: "Seit ihr nicht für den Abzug der irakischen Truppen, die in Kuwait gegen den Wunsch der Bevölkerung dieses Staates eingegriffen haben?" herausgefordert wurden, konnten wir nicht ungeschickt antworten. Meistens war unsere Antwort damals: "Ja, aber nicht durch US-Truppen, sondern durch einen erfolgreichen Aufstand der ArbeiterInnen und BäuerInnen im Irak gegen Saddam Hussein, der den Abzug bewirkt und der Bevölkerung der Region die Möglichkeit gibt, über ihr Schicksal demokratisch zu entscheiden."

In der arabischen Welt wurden die Handlungen Saddams als Schlag gegen den Imperialismus und seine lokalen Verbündeten gesehen und begrüßt. "Das führte zweifellos dazu, dass Unmutgefühle gegenüber den arabischen Diktaturen im Bewusstsein der Massen in den Hintergrund gerückt sind. ... Dennoch wäre es sogar in der neokolonialen Welt, einschließlich dem Nahen Osten, falsch, Saddam, der von den arabischen Massen als "progressiver Diktator" gesehen wurde, unqualifizierte Unterstützung zu geben.", so die Stellungnahme unserer Internationale.

NIEDERLAGEN IM PROPAGANDAKRIEG

2002 hat der Imperialismus im Propagandakrieg deutlich schlechtere Karten als 1990/91. Die Mehrheit weiß, dass es um Öl geht. Die US-Führung gibt das mittlerweile auch offen zu: In Interviews mit US-Zeitungen sagte Außenminister Powell im Januar 2003, die US-Regierung prüfe verschiedene Modelle für das Management der irakischen Ölin-

dustrie: "Wenn wir die Besatzungsmacht sind, wird es (das Öl) zum Nutzen des irakischen Volkes vorgehalten und sie (die Ölindustrie) wird zum Nutzen der irakischen Bevölkerung betrieben". Kaum jemand blieb die Tatsachen vergangener Zusammenarbeit von Hussein und den USA, Britannien etc. verborgen. Selbst das Argument der Massenvernichtungswaffen zieht nicht mehr: Die einst aus den imperialistischen Ländern und teilweise der stalinistischen SU gelieferten Massenvernichtungswaffen bzw. deren Technologie, sind selbst laut Waffeninspektoren Geschichte.

KOMPLIKATIONEN

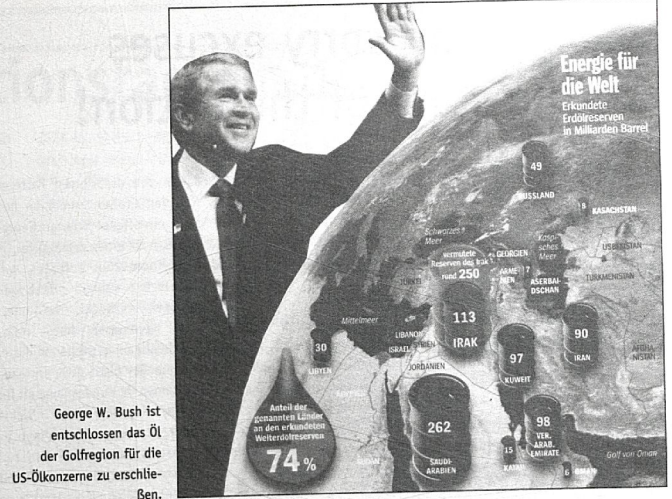
Was ebenfalls nicht zu unterschätzen ist: In den USA (und international) kracht es im Gebäck des morschen Kapitalismus. Den Protesten und der Stimmung gegen den Neoliberalismus ab 1999 folgten 2002 die Hunderttausenden, die bereits vor einem möglichen Krieg auf der Strasse sind! Aus einem Bericht der SLP-Schwester-Zeitung 'Socialist Alternative' aus New York vom 21. Januar 2003: "100 Delegierte, die 2 Millionen organisierte ArbeiterInnen vertreten, haben kürzlich in Chicago das Komitee 'US-Arbeiter gegen den Krieg' gegründet. Die Resolution auf diesem Treffen erklärte, dass der Krieg ein Vorwand für Angriffe auf ArbeiterInnen, zivile und demokratische Rechte hier und ImmigrantInnen ist. ... es dient der Verschleierung der kranken Wirtschaft, der Korruption der Konzerne und Jobabbau. Es weist auch darauf hin, dass die Gefahr von Terror dadurch steigt und nicht sinkt! ... Rund 200.000 Jobs sind zwischen November und Dezember (2002) verlorengegangen." Der Krieg könnte Hunderte Milliarden Dollar verschlingen; auf Kosten der ArbeiterInnenklasse. Die Unterstützung für Bush (seit dem 11. September auf Rekordniveau) sinkt.

Für die britische herrschende Klasse ist der gegenwärtige Arbeitskampf der Feuerwehrleute eine Gretchenfrage. Führende Kreise plädieren angesichts der Proteste mittlerweile dafür, zuerst die Feuerwehr-Gewerkschaft im eigenen Land zu schlagen und erst später in einen Irak-Krieg zu gehen. Und machen die USA mit der Androhung des Einsatzes nuklearer Erstschlagwaffen ernst, wären die Auswirkungen auf die Weltpolitik unberechenbar. Mehr noch: Der US-Atom-Physiker Joseph Rotblat, schon in den 1940er im A-Bomben-Programm tätig, warnte, dass Bushs Politik "die Welt Richtung nuklearer Katastrophe treiben" könnte.

WER FÜHRT WIE KRIEG?

Für die Frage, wie der US-Imperialismus gestoppt werden kann, ist die rein militärische Stärke tatsächlich zweitrangig. USA/Britannien vs. Irak - das ist keine auch nur annähernd ausgeglichene Konfrontation. Aber eine internationale Massenbewegung kann das Kräfteverhältnis entscheidend beeinflussen. Im Westen sind neben Massen-Demos Streiks und Blockaden von Beschäftigten im Transportsektor die wirkungsvollsten Mittel.

Eine militärische Konfrontation zwischen Imperialismus und Ländern der neo-kolonialen Welt wie den Irak kann vom gegenwärtigen Regime in Bagdad nicht gewonnen werden. Es kann - ganz konkret - die Bevölkerung nicht vollständig bewaffnen, weil es angesichts der nationalen Konflikte mit KurdInnen und der schiitischen Bevölkerung dann mit seinem Sturz rechnen müsste. Die bewaffnete Selbstverteidigung müsste im Interesse der irakischen Bevölkerung mit Aufrufen an die US-Soldaten verbunden werden, zu desertieren oder überzulafen. Ebenso müsste einer solchen Mobilisierung eine Welle von Bewegungen für die Überwindung von Großgrundbesitz und Kapitalismus folgen - und damit des Sturzes aller der Regimes, die darauf aufbauen. Dazu gehört Hussein's Diktatur. Ein wirklicher anti-imperialistischer Krieg ist nur auf einer solchen Grundlage von Massenbewegungen, demokratischen Komitees und Internationalismus möglich. In Österreich heißt das für uns, eine Anti-Kriegs-Bewegung aufzubauen, die den Kapitalismus in Frage stellt, eine alternative sozialistische Gesellschaft als Perspektive entwickelt und klar zwischen Verbündeten und Feinden der unterdrückten Massen zu unterscheiden weiß. Teil eines sozialistischen Programms für den Nahen Osten muss auch das Selbstbestimmungsrecht aller Minderheiten und Völker der Region sein.



Das schwarze Gold - Krieg für Öl

Öl - als wichtigster Energielieferant (35%) für Produktion, Wärme und Transport und als Rohstofflieferant für die chemische Industrie - dominiert den Welthandel. Öl ist ein knapper Rohstoff - die geschätzten 140 Milliarden Tonnen an mit konventioneller Technik förderbaren Reserven reichen für ca. 40 Jahre. Während Staaten wie Rußland, USA, China, Britannien und Kanada einen wachsenden Marktanteil bei der Ölförderung übernehmen sind die Reserven in diesen Ländern aber weit geringer.

SONJA GRUSCH, SLP WIEN-NORD

Der größte Teil der Reserven liegt in den OPEC-Staaten am Persischen Golf. Dort könnte das Produktionsniveau über 70 Jahre aufrechterhalten werden, außerhalb der OPEC im Durchschnitt nur 15 Jahre, in den USA sogar nur neun Jahre. Insbesondere die USA hat ein Interesse daran, sich den Zugriff auf diese Reserven zu sichern. Denn 2001 verbrauchte die USA allein 25,9% des täglich geförderten Öls, während die europäischen OECD-Staaten gemeinsam gerade mal 20,1%, Deutschland als größte europäische Wirtschaft nur 3,7% brauchte.

STRATEGISCHES INTERESSE

1991, als der Irak Kuwait besetzte sicherte sich die USA mit der Operation Wüstenschild den Zugriff auf rund 10% der Welt-Ölreserven, die sich in Kuwait befinden. Mit demselben Ziel wurden auch in der Vergangenheit Diktaturen unterstützt bzw. sogar (mit)errichtet. Das politische Engagement der USA ist nicht zufällig gerade in seinen Öllieferländern - Venezuela, Mexiko, Irak, -Kuweit, Saudia Arabien, Kolumbien - groß. Das Beispiel Venezuela zeigt gleichzeitig, dass die Strategien der US-Administration durchaus anpassungsfähig sind. Hatten die USA vor knapp einem Jahr noch den Putschversuch gegen Chavez unterstützt, ist ihnen jetzt v.a. Stabilität wichtig, da es einen Zweifrontenkrieg (Irak und Venezuela) zu vermeiden gilt.

Die USA bezog 2001 52% seiner Ölimporte aus OPEC-Staaten bzw. von politisch instabilen Regimes am Persischen Golf oder Venezuela. Die USA versucht diese Abhängigkeit zu reduzieren, und sich direkten Zugriff auf Öl zu sichern. Im Krieg gegen den Irak werden diese unmittelbaren ökonomischen Interessen, mit dem Ziel des Ausbaus der Vormachtstellung in der Region und der Festigung der Rolle der USA als einzige Weltmacht verknüpft. Vorbehalte anderer Regierungen gegen den US-Feldzug haben weniger mit deren Friedensliebe, als mit anders gelagerten imperialistischen Interessen zu tun. Aufgrund der Sanktionen gegen den Irak haben französische (TotalFinaElf), russische (Lukoil), italienische (Agip), chinesische und sogar indische und vietnamesische Ölgesellschaften die Chance genutzt und Verträge mit dem Irak über die Ausbeutung neuer Ölfelder abgeschlossen. Die USA kann ihre Position hier entscheidend verbessern,

wenn durch einen Krieg bzw. eine totale US-Dominanz die Karten auch wirtschaftlich neu gemischt werden. Eine neue irakische Führung, die völlig von den USA abhängig wäre, müsste den USA wohl ein "Vorkaufspris" einräumen und bestehende Verträge mit anderen Staaten/Firmen brechen.

DIE POLITIK DER ERDÖLKNERNE

Eng ist die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Ölkonzernen. Die Ölförder und -verarbeitungs-konzerne (wie Agip, BP/Amoco, Chevron, Exxon Mobil (Esso, Mobil), Lukoil, OMV, Repsol, Ruhroel, Shell, Texaco, TotalFinaElf) gehören zu den ganz Großen in der Weltwirtschaft, die selbstverständlich auch in der Politik mitspielen. Sie haben teilweise direkten Einfluß auf Regierungen und gestalten die Politik massgeblich mit. Auch US-Präsident Bush steht der US-Ölwirtschaft nahe. Diktaturen und Kriege haben Unternehmen noch nie daran gehindert, zu investieren und Profite zu machen. Das bekannteste Beispiel ist Shell und seine Rolle in Nigeria. Aber auch in Angola mischen Chevron (USA) und Elf (Frankreich) mit, im Sudan TotalFinaElf, Agip, OMV (Österreich), in Indonesien Mobil Oil (USA), in Myanmar/Burma Total, Unocal (USA). Die massiven Umweltzerstörungen in Nigeria durch Shell (USA) und in Russland durch Ruhroel (Deutschland), Agip, Elf und Total zeigt, dass Umweltschutz für Ölkonzerne ein Fremdwort zu sein scheint.

DER ÖLPREIS UND DIE WELTWIRTSCHAFT

In der Weltwirtschaft ist der Ölpreis ein dominierender Faktor. 1973 stieg in Folge des Yom-Kippur-Krieges und des Ökoykotts der Organisation Arabischer Erdölexportländer (OAOEP) der Ölpreis von 2,89 auf 11,65 Dollar pro Faß. Seit den 40er Jahren war der Ölpreis konstant niedrig gewesen, diese Preisexplosion wurde zum Auslöser für die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre. Ende der 70er stieg er auf fast 40 Dollar/Barrel und dann 1986 wieder auf rund 12 Dollar/Barrel zu sinken, im Zuge des letzten Golfkriegs auf über 35 Dollar/Barrel zu steigen und 1998 auf kurzfristig unter 10 Dollar/Barrel einzubrechen. Der Ölpreis ist starken Schwankungen unterlegen, die von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst sind und diese ihrerseits wieder beeinflussen. Seit Ende der 90er Jahre steigt der Ölpreis wieder und Schätzungen sprechen davon, dass im Zuge eines Krieges gegen den Irak der Ölpreis auf 75 Dollar/Barrel und mehr steigen könnte. Die Hoffnung, durch einen raschen US-Sieg den Ölpreis zu drücken und damit der schwachen Weltwirtschaft neues Leben einzuhauchen, steht auf schwachen Beinen und ignoriert die Tatsache, dass die Regimes im gesamten Nahen Osten im Falle eines Angriffs gegen den Irak gefährdet wären. Wahrscheinlicher ist die Perspektive einer längerfristigen Destabilisierung der Region und damit auch eines Anstiegs des Ölpreises. Ein hoher Ölpreis aber könnte der am Rande einer Rezession wankenden Weltwirtschaft den Todesstoss versetzen.

Buchkritik: Micheal Moore, Stupid White Men

...and other sorry excuses for the state of the nation!

Michael Moore, auch bekannt durch seinen 2002 in Cannes mit dem "Spezialpreis der Jury" ausgezeichneten Film "Bowling for Columbine", veröffentlichte fast zeitgleich dazu sein Buch "Stupid White Men", dessen Untertitel der deutsche Piper Verlag populistisch-verfälschend umwandelte in "Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush".

VON LJUBOV ILIEVA, SWI WIEN UND JAKOB ROSENBERG, SLP WIEN-MARGARETEN

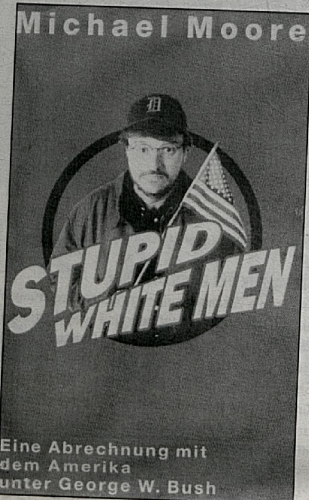
Das Buch hätte ursprünglich schon am 12. September 2001 erscheinen sollen, allerdings

schen Protesten durch solidarische BuchhändlerInnen. Harper Collins beugte sich schließlich dem Druck und veröffentlichte das unveränderte Werk. Es ist ein Buch voller Wahrheiten, voller erschreckender Wahrheiten

schen den etablierten Parteien und den Großunternehmen her. Auch ein offener Brief an George W. Bush ist eines der Kapitel, in dem Moore alles auflistet, was Bush in seiner bisherigen Amtszeit verbockt, verhindert oder veranlasst hat. Haarsträubende Dinge stehen in dieser seitenlangen Liste, etwa horrenden Kürzungen im Bundeshaushalt für Kultur, oder die Nicht-Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls, das 178 Staaten unterzeichnet haben, oder die 50 prozentige Kürzung der Forschung nach erneuerbaren Energiequellen. Auch sind noch einmal Hintergründe zur Wahl nachzulesen, die klar die groteske Realität belegen, dass der eigentliche Präsident Al Gore heißen müsste. Vor die Einleitung hat Moore die Äußerung von George W. Bush gesetzt, die er dem schwedischen Premierminister gegenüber machte, nicht bemerkend, dass noch eine Fernsehkamera lief: "Irre, dass ich gewonnen habe. Ich trat an gegen Frieden, Wohlstand und gegen den Amtsinhaber."

Moore gelingt es durchaus einige Missstände im kapitalistischen System auf humorvolle Weise aufzuzeigen, er geht aber nicht soweit das System in Frage zu stellen und Alternativen anzubieten. Dieses Problem wird vor allem bei der Einschätzung der Demokratischen Partei deutlich, einerseits charakterisiert er sie zutreffend als Machtpartei, die den Interessen der Großunternehmen dient, andererseits richtet er aber den moralischen Aufruf an sie, sich ihrer wahren Werte zu besinnen. Stupid White Men schafft es durchaus die LeserInnen gut zu unterhalten, doch wer sich von dem Buch politische Alternativen erwartet wird höchstwahrscheinlich enttäuscht werden. Aber dazu können wir ja auch einige Lesetipps geben...

Michael Moores neues Buch: Stupid White Men ... and other sorry excuses for the state of the nation. Dt. Fassung erschienen bei PIPER



kamen dann die Terroranschläge von New York dazwischen und verzögerten das Erscheinungsdatum. Die USA wurden zu dieser Zeit von einer Welle des neuen Patriotismus heimgesucht und der Verlag Harper Collins weigerte sich, das Buch zu veröffentlichen und seinen Ruf und damit auch Profite zu riskieren. Michael Moore wollte seinen fertigen Text aber nicht abändern und bekämpfte die versuchte Zensur. Moore machte die Schwierigkeiten mit seinem Verlag öffentlich, daraufhin kam es stürmi-

bei deren Lektüre man zeitweise sehr wütend werden kann. Buch und Film, man kann sie völlig getrennt von einander betrachten, dennoch gehören sie irgendwie zusammen, runden Moores kritischen bis zynischen Blick auf sein Amerika, das er nach wie vor auch liebt, erst ab. Zusammen erscheinen sie wie ein organisches Ganzes. Stupid White Men besteht aus vielen Daten, Zahlen und Fakten, die man mitunter am liebsten nicht gelesen haben mag. Moore stellt den Zusammenhang zwi-

Ist die Umwelt noch zu retten?

Prestigeangelegenheiten

Jahrhundertflut, Lebensmittelskandale, Ölpest... mittlerweile können Umweltkatastrophen nicht mehr alleine dem Zufall zugeschrieben werden. Dazu ist die Liste zu lang und die Beteuerungen der verantwortlichen Politiker zu ungläubig. Das jüngste Tankerunglück am 13. November vor der galizischen Küste beweist auf ein Neues: das Problem steckt im System...

VON IRENE MÜLLER, SLP WIEN-MARGARETEN

Nicht nur, dass der 26 Jahre alte Öltanker "Prestige" den gegenwärtigen Sicherheitsstandards nicht entspricht (wie zweihundert weitere, sich immer noch im Einsatz befindlicher Tanker), war er bis auf sein Maximum mit

die im Mai bevorstehenden Kommunalwahlen und die Parlamentswahlen 2004. Eine der Parlamentsparteien, die regierende rechtskonservative "Partido Popular", wirbt mit dem Wahlkampfeslogan "weniger Steuern mehr Sicherheit" spätestens mit der Ölkatastrophe vermisst diese Politik aber ihre Glaubwürdigkeit.



Schweröl beladen. Auf der Suche nach der verantwortlichen Reederei muss man sich auf eine verschlungene Reise rund um den Globus begeben. Denn die liberianische Reederei mit momentanem Sitz und Besitzer in Athen fährt unter der Flagge der Bahamas. Die "Prestige" war bereits der dritte Tanker dieser Reederei, der eine Ölpest verursacht hat. Es liegt also der Verdacht nahe, dass hier bewusst riskant und auf Kosten der Umwelt kalkuliert wird...

Aber auch die Reaktion der spanischen Regierung ist bezeichnend. Während FischerInnen mit ihren Booten und behelfsmäßiger Ausrüstung versuchen den Ölteppich zu bremsen, ist der zuständige Minister auf Jagdurlaub. Statt unter Miteinbeziehung der betroffenen FischerInnen und UmweltschützerInnen die Ölpest mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, hat die spanische Regierung die Katastrophe verharmlost. Einer ihrer Gründe für diese Politik sind

Denn wer könnte bei derartigen Katastrophen die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen? Weniger Steuern soll es künftig auch z.B. für jene Konzerne geben, die die Ölpest verursacht haben. Doch die FischerInnen sind es, die durch eine Ölpest ihre Existenzgrundlage verlieren und somit auf die Intervention und das Geld des Staates nicht verzichten können.

Doch die "Prestige" ist nur das jüngste Beispiel dafür, dass Profitmaximierung und Umweltschutz unvereinbar sind und die Interessen der Allgemeinheit denen des freien Marktes widersprechen.

Auch die zahlreichen Lebensmittelskandale (BSE, Dioxin) in den letzten Jahren zeigen, dass im Kampf um die Maximierung des Ertrages, die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung auf der Strecke bleibt.

Es steht außer Frage, dass es in Sachen Umweltschutz sehr bald neue Konzepte brauchen wird, wenn wir nicht auf eine ökologi-

sche und soziale Katastrophe zusteuern wollen. Das wissen auch die Regierungen und Konzerne der westlichen Industriestaaten, die den Großteil der weltweiten Umweltverschmutzung zu verantworten haben. Doch deren Lösungsvorschläge sind so effizient wie 26-jährige Öltanker sicher. An dieser Stelle sei etwa darauf hingewiesen, dass die USA nicht einmal das Kyoto-Abkommen (zur Regulierung der CO₂ Emissionen) unterzeichnet haben! Auch "Ökosteuern" auf Mineralöl lösen das Problem nicht. Dafür werden vor allem BezieherInnen von niedrigeren Einkommen höher belastet. PendlerInnen zahlen beispielsweise einen gleich hohen Steuersatz für "umweltbesteuertes" Benzin wie Frachtunternehmen. Genauso wie die dadurch höhere Kosten fürs Heizen und Kochen niedere Einkommen zusätzlich schmälern. Der Beitrag für die Umwelt hält sich meistens auch bescheiden, vor allem wenn Großunternehmen aufgrund der "Standortlogik" (billige Standorte für Unternehmen) aus der Öko-steuer rausfallen.

UMWELTSCHUTZ DURCH PLANWIRTSCHAFT

Unser Ansatz ist es strikt nach dem Verursacherprinzip vorzugehen: Umweltsünder müssen sofort enteignet werden - solche Unternehmen sollten unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten sinnvolle Produkte ökologisch verträglich produzieren. Die Ursachen für die Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt liegen im kapitalistischen System, das durch Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen gekennzeichnet ist, der einen maximalen Profit erfordert, der nur auf Kosten von Mensch und Umwelt erzielt werden kann. Der Kampf für eine saubere und intakte Umwelt, ist verbunden mit dem Kampf für eine Gesellschaft, die sich nicht an Profit, sondern an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert.

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender

Die SLP-Treffpunkte:

- WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
- WIEN-SÜD: Jd. Donnerstag um 19.30, Bunte Kuh, 5., Zentag-/Siebenbrunneng.
- WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
- WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
- SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN: Jeden 4. Dienstag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9. Althanstr. 11-13
- SLP-FRAUEN: (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

- Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
- Salzburg: Jd. Di. 19 Uhr "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)
- Mödling: Jd. Freitag 19.30 "Haus der Jugend" (nahe Bahnhof)

Die SLP im Februar:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

DEMO SA. 15.02. UM 14.00 UHR GEGEN DEN KRIEG!

WESTBAHNHOF/MARIAHILFERSTR.

Infostand der SLP ab 13.00 Uhr bei Ecke Gürtel/Mariahilferstr.

MI. 19.02.: Auswirkungen des Irak-Kriegs auf Österreich, SLP WIEN-MITTE

FR. 28.02.: Kuba, SLP WIEN-NORD

DO. 06.03.: Klasse, Rasse, Geschlecht, SLP WIEN-SÜD

FR. 07.03.: Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika - Flucht-Vertreibung-Migration, SLP WIEN-NORD

DI. 11.03.: "Atypische Beschäftigungsverhältnisse", SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN

SLP Wien-West wird im Februar nicht stattfinden.

Wenn Sie über die Aktivitäten in anderen Städten, sowie weitere Termine und Terminänderungen auf dem Laufenden gehalten werden wollen, genügt ein Mail an slp@slp.at oder eine Nachricht unter (01) 524 63 10.

VORWÄRTS ABO



JETZT per Telefon bestellen:
01/524 63 10
oder E-Mail: slp@slp.at

AKTIONEN GEGEN DEN KRIEG
RUND UM DEN GLOBUS

BELGIEN

Am 19. Jänner demonstrierten in Brüssel 10.000 Menschen gegen den Krieg, darunter auch Mitglieder der belgischen Sektion des CWI (LSP/MAS) und von International Socialist Resistance (ISR). ISR hatte rund um den Aufruf für den Tag X SchülerInnen aus ganz Belgien auf die Demonstration mobilisiert. LSP/MAS-Mitglieder sind auch Teil von "GewerkschafterInnen gegen den Krieg", das von den StahlarbeiterInnen von Forges de Clabecq, die 1996/97 einen wichtigen Streik gegen die Schließung ihrer Fabrik führten, initiiert wurde.

Neues aus dem CWI
www.worldsocialist-cwi.org

USA

Sozialistische Alternative, die CWI-Mitglieder in den USA, sind Teil der Antikriegsbewegung in den USA. Am 18. Jänner demonstrierten über 200.000 in Washington DC, 50.000 in San Francisco. Kurz davor hatten über 100 Delegierte, die über 2 Millionen gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen repräsentieren "US Labor Against the War" (US-ArbeiterInnen gegen den Krieg) gegründet. Da in der Anti-Kriegsbewegung v.a. die Republikaner, nicht aber die Demokratische Partei kritisiert werden, ist der Aufruf der Sozialistischen Alternative nach Aufbau einer neuen Partei, die die Interessen der ArbeiterInnen und anderer Unterdrückter tatsächlich vertritt, wichtig und wurde auch gut aufgenommen.

AUSTRALIEN

Die Mitglieder der Sozialistischen Partei, der australischen Sektion des CWI, hatten in den vergangenen Wochen Abstimmungen über den Krieg in 16 Bezirken in zwei Städten im Bundesstaat Victoria durchgeführt. 87% der TeilnehmerInnen stimmten gegen den Krieg. Am 17. Jänner sollte das Ergebnis in einer Aktion dem Rekrutierungsbüro der Armee übergeben werden. Nachdem diese sich weigerten, dieses entgegenzunehmen, schüttete ein Aktivist einfach alle Stimmzettel über einem der Armeerepräsentanten aus.

NEUSEELAND

Als Teil eines Bündnisses beteiligen sich die CWI-Mitglieder in Neuseeland an einer Unterschriftenliste gegen den Krieg. Die Liste fordert, dass sich Neuseeland weder politisch noch militärisch an einem "Krieg gegen den Terror" beteiligt, alle diesbezüglichen kriegerischen Handlungen zu verurteilen und die Kriegsgefahr zu verringern, indem die soziale Situation aller Menschen weltweit verbessert wird.

Sozialistischer Widerstand International

Smash GATS! Aktionstag am 15.2.2003

Das "General Agreement on Trade with Services" (GATS) betrifft den Handel mit Dienstleistungen und trat am 1.1.1995 in Kraft. Grundsätzlich verpflichteten sich damit die Mitgliedsstaaten der WTO, ihren öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor zu liberalisieren. Bereits 1995 legten über hundert Regierungen gemeinsam fest, diese Leitlinie innerhalb von zehn Jahren in insgesamt zwölf Bereichen zu verwirklichen. Anlässlich der aktuellen Auswirkungen, z.B.: an der Uni und in der Schule, des GATS findet am 15. Februar ein Aktionstag statt

VON MARGARITA DÖLLER,
SLP WIEN-NORD

Das GATS wurde im Zusammenhang mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 beschlossen. 1997 wurden spezielle Verträge für die Bereiche Telekommunikation und Finanzdienstleistungen geschlossen. Der Hintergrund: Bildung, Kultur, Transport, Gesundheitswesen, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation - alle "Dienstleistungen" machen zusammen genommen zwar über 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts, aber derzeit nur 20 Prozent des Welthandels aus. Das GATS soll dieses - aus Sicht der großen Konzerne - "Missverhältnis" nachhaltig verändern. Es ist ein

Instrument zur Öffnung von bisher geschützten, bzw. begrenzten Märkten und Bereichen die im Allgemeinen als notwendig für die öffentliche Grundversorgung betrachtet wurden. Der Produktionsbereich hat bereits enorme Überproduktion und -kapazitäten, also sucht das Kapital neue Anlagemöglichkeiten im Dienstleistungsbereich. Vor allem die Beseitigung aller staatlichen Monopole wird groß geschrieben - staatliche und übernationale Struktur- und Finanzpolitik soll sich künftig lediglich darauf beschränken freie Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen herzustellen. Verstöße gegen diese neoliberalen Regeln kann die WTO-Zentrale in Genf mit Sanktionen ahnden. Welche Folgen hat jedoch das GATS für uns?

GATS VS. SCHULE UND UNI

Nach dem Willen der WTO sollen private Schulen in Zukunft die gleichen staatlichen Subventionen erhalten wie öffentliche Schulen. Da öffentliche Schulen aber - im Gegensatz zu privaten - kein Schulgeld einheben, sind sie damit finanziell automatisch schlechter gestellt. Damit wäre die Zweiklassenbildung perfekt: Wer es sich nicht leisten kann, muss auf eine mittellose und minderwertige öffentliche Schule gehen.

In Zeiten der "Budgetkonsolidierung" ist zu erwarten, dass nach unten angeglich wird. Es wird sich also der schon bestehende Trend fortsetzen: Öffentliche Schulen bekommen vom Staat immer weniger Geld. Schulen werden so gleichsam gezwungen, sich der Werbewirtschaft zu öffnen - wobei Eliteschulen auch hier sicherlich einen Wettbewerbsvorteil z.B. gegenüber den Hauptschulen besitzen. Genau das Gleiche soll mit den Universitäten passieren und wurde, zum Teil durch das neue Universitätsgesetz, bereits umgesetzt. Die Unis sollen in Konkurrenz miteinander treten

Stopp GATS
Aktion
in Wien

und die Gelder aus der Wirtschaft beziehen anstatt vom Staat. Langfristig wird der Einfluss der Firmen an den Unis so weit gehen, dass bestimmt wird, welche Studienrichtungen angeboten werden und welche nicht.

WIE GATS BEKÄMPFEN?

Das GATS, bzw. die Privatisierung des Dienstleistungssektors (wie auch anderer Bereiche der Wirtschaft), kann verhindert werden. Beispiele dafür, wie es geht, finden wir in den Massenbewegungen und Streiks/Generalstreiks der letzten Jahre. Die ArbeiterInnenklasse hat schon recht deutlich gezeigt, wovor sich

die Herrschenden zu fürchten haben. Zusammen mit Jugendlichen und PensionistInnen muss sie für ein Gesellschaftssystem kämpfen, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse ein Ende setzt. Als Ansatzpunkt dafür findet am 15. Februar ein internationaler Aktionstag statt, der sowohl von Gewerkschaften und verschiedenen anderen Initiativen unterstützt wird. Sozialistischer Widerstand International (SWI) und die SLP sind dabei. Smash the GATS! Komm auch du zum Aktionstag!

Venezuela: Wer bestreikt wen?

Klassenkampf mit Öl!

Im April letzten Jahres wagte die rechte Opposition mit Unterstützung der USA einen Putsch gegen den linkspopulistischen Präsidenten Hugo Chavez. Der Putsch brach aber aufgrund mangelnder Unterstützung in der Bevölkerung und einer Massenbewegung für Chavez binnen weniger Tage zusammen. Seit Dezember nimmt die Opposition nun mit Demonstrationen und Streiks in der Ölindustrie einen neuerlichen Anlauf, um Chavez zu stürzen. Dabei stützt sie sich hauptsächlich auf Teile der Mittelschichten und der alten Elite. Demgegenüber kann Chavez noch auf die Unterstützung der mehrheitlich armen Bevölkerung zählen.

VON ALI KROPF,
SLP - WIEN MITTE

Dreh- und Angelpunkt bei den Auseinandersetzungen ist der staatliche Ölkonzern PDVSA, der sich in der Hand der Opposition befindet. Venezuela ist der fünfgrößte Erdölexporteur der Welt und damit wirtschaftlich vom Öl abhängig. Der vermeintliche Streik trifft damit das Land an seinem Lebensnerv. Durch den Rückgang der Produktion und damit fehlenden Einnahmen kommt es zu Versorgungsengpässen, die hauptsächlich die ärmeren Bevölkerungsschichten treffen. Die Opposition benutzt also die PDVSA als Waffe, um Chavez zu stützen. Dabei setzt sie auch auf Sabotageakte, um die Produktion niedrig zu halten.

STAAT IM STAAT

Die PDVSA stellt einen Staat im Staat dar. Seit Jahrzehnten ist sie fest in der Hand der korrupten Eliten, die Venezuela bis zum Wahlsieg von Chavez regierten. Ein Teil des Programms von Chavez war mit der Korruption aufzuräumen. Damit war ein

Konflikt mit dem Management und höheren Angestellten von PDVSA vorprogrammiert, die sich nicht von ihrem Futtertrögern lassen wollen. Rene Kuppe, Jurist an der Uni Wien und Berater von indigenen venezolanischen Abgeordneten, stellt dazu fest, dass rund 80% der internationalen Einnahmen der PDVSA in sogenannte "operative Kosten" fließen. Was soviel heißen soll, wie die Privatkonten der korrupten Manager (Kurier v. 30.12.2002).

STREIK ODER AUSSPERRUNG?

In unseren Medien ist meistens von Streiks gegen Chavez die Rede, aber handelt es sich dabei tatsächlich um Streiks? Bei genauerem Hinsehen entpuppten sich diese nämlich sehr schnell als "Aussperrungen" und nicht als Streiks. Mit Aussperrungen versuchen Unternehmer zu verhindern, dass z.B. streikende ArbeiterInnen in die Fabriken gelangen. Die Opposition setzt nun dieses Mittel ein, um zu versuchen die Öl-Produktion lahm zu legen. Der Klassencharakter der "Streiks" zeigt sich an der Beteiligung.

Während ¾ der unteren Beschäftigten weiterhin ihrer Arbeit nachgehen, sind es im mittleren Management nur 50% und im oberen gar nur 20%.

Noch deutlicher wird es anhand des Anfang Jänner ausgerufenen "Bankenstreiks". Die Gewerkschaft der leitenden Bankangestellten, die rund 1,7% aller Beschäftigten organisiert, unterstützte den Streik, während andere Bankgewerkschaften, die rund 70% der Angestellten organisieren, den Streik ablehnten. So meint auch der Chavez-loyale Präsident der PDVSA, Ali Rodriguez Araque, anlässlich der 123. OPEC Konferenz in Wien, dass sich in Venezuela kein Arbeitskampf, sondern ein Putschversuch abspiele. Der Streik ist also kein Streik, sondern der Versuch der Opposition mittels Aussperrungen die Fördermenge niedrig zu halten, um das Land weiter sowohl wirtschaftlich wie politisch zu destabilisieren.

USA UND VENEZUELA

Die Kriegstreiberei gegen den Irak wird auch von den USA immer offener mit dem Zugriff auf irakische Ölquellen begründet. Währenddessen sehen die USA, so scheint es zumindest auf den ersten Blick, der politischen Krise in Venezuela eher gelassen zu. Und das obwohl das lateinamerikanische Land traditionell als Vorhof gesehen wird und der wichtigste Öl-Lieferant der USA ist. Tatsächlich waren die USA mit ihren Geheimdiensten we-



sentlich am Putschversuch im April 2002 beteiligt und unterstützten auch heute die sogenannte "Opposition". Aber anstatt Chavez zu vertreiben, brach der Putsch schnell zusammen und Chavez sitzt seitdem fester im Sattel als vorher. Mit jeder weiteren Einmischung riskieren die USA auch eine weitere Radikalisierung der Bevölkerung. Und das nicht nur in Venezuela, sondern auch andere "Linksregierungen" Südamerikas wie Brasilien könnten unter durch die sich radikalisierenden Massen unter Druck zu weiteren Reformen geraten. Ein "Flächenbrand" könnte die Folge sein. Vorerst kümmern sich die USA also um den Irak und die dortigen Öl-Quellen. Zwei Brandherde gleichzeitig, können sie sich angesichts des Mangels an Bündnispartnern und der Wirtschaftskrise, schlichtweg nicht leisten.

CHAVEZ EIN SOZIALIST?

Hinter der jetzigen Krise Venezuelas steht die Wahl Chavez zum Präsidenten. Angetreten mit dem Versprechen nach sozialen Refor-

men und die Korruption zu bekämpfen, kann er sich auf eine große Unterstützung der ärmeren Bevölkerung stützen. Seine Bewegung für die fünfte Republik (MVR) stand damit im krassen Gegensatz zu den Parteien der korrupten Elite (mit ihren Parteien AD und Copei), die sich den Reichtum des Landes seit 1958 teilten und regierten. Trotzdem ist Chavez kein Sozialist. Als ein Nationalist im Sinne Bolívars (Er erkämpfte im 19. Jh. die Unabhängigkeit weiterer Teile Südamerikas) wird Chavez gerade durch seine Massenunterstützung nach links gedrängt. Ihm schwebt ein Land ohne Armut und Korruption vor, politisches Programm besitzt er aber dazu keines. Das macht seine Position instabil.

Neben der Unterstützung für Chavez müssen sich ArbeiterInnen und arme Bauern ihre eigenen demokratischen Strukturen schaffen. Erste Ansätze dazu gibt es schon mit massenhaften Basisstrukturen, die nach dem Putschversuch entstanden sind.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn EUR 1.100,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.



Terror der radikalen Abtreibungsgegner geht weiter ...

Ein erster Erfolg im Rahmen unserer Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen: Die SPÖ-Regierung in Wien senkt die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in Wiener Gemeindepitälern. Seit 1. Jänner ist es in den Wiener Gemeindepitälern möglich, einen Schwangerschaftsabbruch als ambulante Leistung durchführen zu lassen. Statt bisher bis zu 963 Euro kostet ein Schwangerschaftsabbruch jetzt 275 Euro.

VON CLAUDIA SORGER,
SLP-FRAUENSPRECHERIN

Unter dem Motto "Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!" führt die Sozialistische Linkspartei schon seit zwei Jahren eine Kampagne zur Verteidigung der "Lucina"-Frauenklinik im 2. Bezirk. Im Rahmen dieser Kampagne haben wir zahlreiche Kundgebungen organisiert und die Methoden von Human Life International (HLI) aufgezeigt. Die SPÖ Wien stand unter Handlungsdruck. Nachdem es bis jetzt keine Lösung für die Lucina-Klinik zur Unterbringung in Räumlichkeiten der Gemeindepitälern gegeben hat, wurde somit eine Verbesserung der Situation in den eigenen Spitälern herbeigeführt. Dieser erste Schritt ist positiv, aber an der Situation vor den Privatkliniken ändert sich dadurch noch nicht. Dort werden weiterhin Patientinnen bedrängt und beschimpft. Die Leiterin der Lucina-Klinik berichtete sogar

von einer Patientin, die unter falschem Vorwand in das HLI "Lebenszentrum" gelockt und dort gegen ihren Willen festgehalten wurde.

KLAGE GEGEN DIE FRAUENSPRECHERIN DER SLP

Wie wir schon berichtet haben, hat der Chef von HLI-Österreich, Dietmar Fischer mich, Claudia Sorger wegen übler Nachrede verklagt. Die erste Verhandlung fand am 19. Dezember statt. Dietmar Fischer und seine Anwältin Huberta Gheneff hatten nicht viel vorzuweisen. Die Zeuginnen und Zeugen allerdings, die für die Verteidigung aussagten, schilderten sehr eindrucksvoll, in welcher Form sie von den HLI-Aktivistinnen terrorisiert worden sind. Ein Zeuge meinte auf die Frage, ob er die Belästigungen von HLI als Terror bezeichnen würde: "Terror ist zu einem Schlagwort geworden, aber wie sollte man das sonst bezeichnen." Der nächste Verhandlungstermin ist am 27. März, wo dann auch HLI-Aktivistinnen aussagen werden.

RADIKALE ABTREIBUNGSGEGNER VERTREIBEN!

DIE KLINIK MUSS BLEIBEN!

Unsere Kampagne wird weiter gehen, denn an katastrophalen Lage der Patientinnen und des Klinikpersonals der Lucina-Klinik hat sich nichts geändert. Auch die Interventionen der Klinikleiterin bei der Polizei konnten bisher nichts bewirken. Und der tatkräftigen Unterstützung durch höchste Vertreter der katholischen Kirche kann sich HLI weiterhin sicher sein. Erst am 28. Dezember 2002 beehrte Wiener Kardinal-Erzbischof Christoph Schönborn HLI in der hauseigenen Kapelle (die sich direkt über der Klinik befindet!) mit seiner Anwesenheit und bedankte sich für den Einsatz der HLI-Aktivistinnen. Es ist höchst an der Zeit, den Druck auch über die Anrainerinnen und Anrainer zu verstärken. Am 24. Jänner fand dazu eine Veranstaltung unter dem Titel "Radikale Abtreibungsgegner im Bezirk - was tun?" statt, bei der sich einige AnrainerInnen bereits unserer Kampagne angeschlossen haben.

- Unterbringung der Lucina-Klinik in Räumlichkeiten der Gemeindepitälern
- Bannmeile für militante Abtreibungsgegner rund um Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durch gemeinsame



Kundgebung gegen HLI vor der Lucina-Klinik anlässlich des 1. Jahrestages des Kampagnenstartes «Abtreibung ist Frauenrecht».

- Mobilisierung durchführen!
- Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern!
 - Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein!
 - Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln!

TERMINE - TERMINE - TERMINE

22. FEBRUAR, 9 UHR
Kundgebung vor der Lucina Klinik; Gr. Sperlg. 33, 1020 Wien

27. MÄRZ, 9 UHR
Verhandlung gegen Claudia Sorger im Landesgericht Wien